Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstr. 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Anholt: W. Wolsing. — Dingden: Willy Schmitz. — Hamminkeln: H. Hengstermann. — Isselburg: Johann Welling. — Rhede: J. Heinrichs. — Ringenberg: Schniedertöns. — Spork: J. Krabbe. — Werth: Th. Parras. — Weiel: Hindenburgstraße 60.

Im 64. Jahrgang.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 220 | Freitag, den 11. August 1933 | Jahrgang 1933

Tagesrundschau.

Die österreichische Anleihe. Für die politischen Zustände in Europa ist es bezeichnend, daß nach den ergebnislosen Konferenzen über die Abrüstung und die Neuordnung der Weltwirtschaft, nach diesem Fiasko in den wichtigsten Fragen der internationalen Politik, neuerdings von Paris aus die österreichische Frage, eine Belanglosigkeit im Vergleich zu den vorerwähnten, zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gemacht worden ist. Der Versuch, auf diesem Nebengeleise Deutschland in eine unangenehme Situation zu rangieren, ist aber bekanntlich mißglückt. Die französische und britische Demarche in Berlin hat sich als ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt erwiesen. Das haben nicht nur die Pariser und Londoner Blätter den eigenen Regierungen recht deutlich erklärt, sondern auch die italienische Regierung hat in einer offiziösen Verlautbarung ihre Ansicht dahin kundgegeben, daß der Mißbrauch, der da mit dem Viererpakt zu treiben versucht wurde, hätte vermieden werden können. Daß man über den Mißerfolg des Schrittes in Berlin in österreichischen Regierungskreisen arg enttäuscht ist, kann man verstehen. Die dem Bundeskanzler Dollfuß nahestehende „Reichspost" hat den beiden Großmächten, die glaubten, in Berlin intervenieren zu müssen, bereits den Rat gegeben, nunmehr die Angelegenheit in Genf zur Sprache zu bringen. Inzwischen führt in Paris Ministerpräsident Daladier aufs neue Verhandlungen mit dem britischen Botschafter, und man wird sich vielleicht darauf gefaßt machen müssen, daß demnächst in irgendeiner anderen Form die Sache weiter getrieben wird. In Berlin wird man in Ruhe abwarten können, was da kommen wird. Vielleicht zieht man aber in Paris doch vor, auf weitere Schritte gegen Berlin zu verzichten, zumal man damit schwerlich mehr Erfolg haben dürfte als mit dem ersten Versuch. Oesterreich erhält unterdessen ein — freilich recht dürftiges — Pflaster auf die Wunde: die schon seit einem Jahr ausständige Lausanner Anleihe, zunächst ihren britischen, italienischen, französischen und schweizerischen Anteil, während die belgische und tschechische Tranche erst später aufgelegt werden wird. In England war gestern der Zeichnungstag für diese österreichische Anleihe. Eine halbe Stunde nach der Eröffnung der Zeichnung wurde sie bereits wieder geschlossen. Auch in Frankreich hat die Zeichnungsauflegung am Donnerstag begonnen. Im ganzen handelt es sich um einen Betrag von 250 Millionen Goldschilling; aber von dem Erlös der Anleihe wird Oesterreich wenig haben. 100 Millionen Schilling müssen sofort an England zurückgezahlt werden, weil Oesterreich im Jahre 1931 von England einen Vorschuß in dieser Höhe erhalten hat. 50 Millionen werden zur Erfüllung des Kupondienstes der Anleihe aufgebraucht werden, und die restlichen 100 Millionen Goldschilling sind der B. J. Z. abzuführen, die der österreichischen Regierung hierfür den Gegenwert von 130 Millionen Papierschilling zur Verfügung stellt. Diese wieder müssen in erster Linie auf Grund des Lausanner Protokolls zur Rückzahlung der Schulden der ganz- oder halbstaatlichen Betriebe und vor allem der Bundesbahnen verwandt werden. Die Kreditinstitute schließlich, die ihre Forderungen bezahlt erhalten, müssen sofort ihre Wechselschulden bei der Oesterreichischen Nationalbank einlösen. Erst jenes Geld, das hierdurch gewonnen wird, kann in Teilbeträgen im Wege der produktiven Arbeitslosenfürsorge zur Verwertung gelangen. Der Anleihedienst wird durch die Bruttoeinnahmen der österreichischen Zollverwaltung und durch das österreichische Tabakmonopol gedeckt. Durch die Anleihe hat sich Oesterreich auf Jahre hinaus in die Abhängigkeit von Paris und London begeben. Das war der Grund, daß sie im österreichischen Parlament scharfen Widerspruch fand und nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde.

★

Der Eigentümer des Autos haftet. Wer haftet für Unfälle bei Schwarzfahrten? Unter welchen Umständen kann der Eigentümer des Kraftwagens dabei haftbar gemacht werden? In dieser für Autobesitzer belangvollen Frage hat jetzt das Reichsgericht eine Entscheidung gefällt, die weitgehendem Interesse begegnen dürfte. Das Reichsgericht hat schon früher erklärt, daß grundsätzlich der Fahrzeughalter haften müsse, wenn durch sein Verhalten die Schwarzfahrt möglich geworden sei. Jetzt hat es diese strenge Rechtsauffassung aufs neue in folgendem Falle bestätigt: Ein Autler hatte am Schützenfest seines Heimatsortes teilnehmen wollen und vor dem Schützenplatz für wenige Minuten geparkt. Er stieg inzwischen aus, um in den eingefriedeten Schützenplatz selbst hineinzugehen und dort zunächst festzustellen, ob er nicht den Wagen auf einen anderen Parkplatz innerhalb der umfriedeten Zone fahren könne. Während dieser wenigen Augenblicke bemächtigte sich ein Fremder des Wagens und fuhr mit einem Freund los; unterwegs raste er gegen den Mast einer Starkstromleitung, wobei sein Freund schweren Schaden erlitt. Dieser machte Schadensersatzansprüche nicht nur gegen den Fahrer, sondern auch gegen den Wageninhaber geltend, hinter dessen Rücken die Fahrt ausgeführt worden war. Sowohl das Landgericht wie das Oberlandesgericht wiesen die Klage des Verunglückten gegen den Eigentümer des Autos ab. Diese abweisende Entscheidung hat das Reichsgericht aber jetzt, wie wir der „B. Z." entnehmen, mit einer sehr bemerkenswerten Begründung aufgehoben und gesagt: die Ansprüche des Verunglückten gegen den Fahrzeughalter seien nur dann unberechtigt, wenn dieser, während er vor dem Schützenplatz für wenige Minuten parkte, alles getan habe, um einen Mißbrauch seines Wagens auszuschließen. Ein einfaches Zuschlagen der Wagentür genüge z. B. nicht, wenn der Anlasser durch einen nicht gesicherten Hebel in Gang gebracht werden könne. Es müsse aber weiter auch geprüft werden, ob ein etwaiger Verschluß des Wagens wirklich eine moderne Diebstahlssicherung darstellte, oder ob der Wagen nur ein leicht zu öffnendes Serienschloß gehabt hätte. Wenn nur ein gewöhnliches Schloß — auch abgeschlossen — vorhanden gewesen sein sollte, so bestehe eine Fahrlässigkeit, die schließlich zu Schadensersatzansprüchen führe. Dieses Urteil, das die strenge Haftung ausspricht, erinnert an eine kürzlich gefällte Entscheidung. Damals wurde gesagt, das Herausziehen des Anlasserschlüssels genüge nicht, es müsse sogar die sogenannte Verteilerklaue, die schwer zugänglich ist, herausgenommen werden. Die Eigentümer von Kraftfahrzeugen werden gut tun, sich diese Entscheidungen des obersten deutschen Gerichts einzuprägen und streng darauf zu achten, daß sie bei Abstellungen ihrer Wagen entsprechende Maßnahmen treffen.

Die Bankenpolitik des Reichswirtschaftsministers.

Gegen berufsständische Kreditinstitute

Von unserer Berliner Redaktion.

○ **Berlin**, 10. August (Drahtb.).

Durch Erklärungen der amtlichen Stellen im Laufe des Donnerstags sind die Auffassungen der Reichsregierung zu zwei wichtigen Problemen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Natur eindeutig klargestellt und der Wille der Reichsregierung dokumentiert worden, keine anderen Maßnahmen auf diesen Gebieten zuzulassen als diejenigen, die die verantwortliche Führung des Reiches für angebracht und tragbar hält.

Es handelt sich einmal um gewisse Fragen, die in enger Verbindung mit der künftigen Bankenorganisation stehen und die neuerdings wieder durch Ausführungen besonders aktuell geworden sind, die der Leiter der Beamtenabteilung der NSDAP und Führer des Deutschen Beamtenbundes Neef kürzlich gemacht hat. Im Rahmen seiner Ausführungen trat er nachdrücklichst für die Zusammenfassung aller Beamtenbanken in einer zentralen Beamten-Spar- und Darlehnskasse ein. Damit war von neuem ein Problem zur Debatte gestellt, um das sich die Auseinandersetzungen nicht erst seit heute und gestern drehen. Seit das Problem des ständischen Aufbaus in Deutschland zur Debatte steht, ist in Verbindung mit dem Problem des Aufbaus der Beamtenorganisation auch die Frage der Beamtenbanken erörtert worden.

Man kann im Augenblick ruhig darauf verzichten, sich in Kombinationen über künftige Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten einzulassen, weil die im Herbst zu erwartende Bankenenquete selbstverständlich auch dieses Problem eingehend untersuchen und der Lösung näher bringen wird. Es ist aber nicht ohne Interesse, daß auch in einem Aufsatz der Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes die Errichtung von Beamten-Spar- und Darlehnskassen als ein unbedingtes Erfordernis des neuen Staates hingestellt worden ist, da es innerhalb des Beamtenstandes immer Aufgaben geben werde, die nur durch standeseigene geldwirtschaftliche Einrichtungen erfüllt werden könnten. Gegen solche Auffassungen wenden sich die zuständigen Stellen mit aller Entschiedenheit, und der Reichswirtschaftsminister hat sich sogar veranlaßt gesehen, in einem Schreiben an Neef Einspruch gegen die Schaffung einer Deutschen Beamten-Spar- und Darlehnskasse zu erheben und dazu auch noch offen erklären zu lassen, daß er mit dem von Herrn Neef angeregten Projekt in keiner Weise einverstanden sei, weil er davon eine Zersplitterung und Aufblähung des Kreditwesens befürchtet und weiter der Ansicht ist, daß jede Verlagerung von Geld in größerem Umfange zu einer weiteren Beunruhigung in der gesamten Geldwirtschaft führen müsse. Der Reichswirtschaftsminister hat sich außerdem eine eingehende Stellungnahme zu den Aeußerungen des Beamtenführers vorbehalten.

Die Linie der maßgebenden Regierungsstellen ist aus dieser Haltung unzweifelhaft deutlich zu erkennen. Sie wird noch unterstrichen durch Aeußerungen der „Deutschen Sparkassenzeitung", die sich scharf gegen die Forderung nach Schaffung neuer Beamtenbanken wendet und u. a. erklärt, die kommende Bankenenquete solle gerade einer Vereinfachung der Vielheit der bestehenden Kreditinstitute den Weg ebnen. Die Errichtung neuer Kreditinstitute würde die Zersplitterung des Bankenapparates noch verschärfen und, was angesichts der Arbeitsbeschaffungsaktion der Regierung besonderes Gewicht besitzt, die Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und ausreichende Kreditgewährung fühlbar einschränken. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung, die als offizielle Aeußerung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und zugleich als Mitteilung einer offiziellen Stellungnahme der Regierung angesehen werden darf: „Aus diesen Gründen sind wir von den maßgebenden Stellen dahingehend unterrichtet worden, daß die Regierung der Errichtung vermeintlicher berufsständischer Kreditinstitute etwa nach dem einfachen Schema der früheren Branchenbanken ablehnend gegenübersteht, da derartige Banken den Interessen unserer Wirtschaft zuwiderlaufen würden."

Von nicht geringerer Bedeutung sind die Auffassungen, die die maßgebenden Stellen dadurch zum Ausdruck gebracht haben, daß von ihnen gewisse neue Methoden zur Finanzierung von Unternehmungen und Bauten scharf abgelehnt werden. Es kann, wie aus einer amtlichen Mitteilung hervorgeht, keine Rede davon sein, daß solche Methoden, wie es vielfach behauptet worden ist, vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums Feder gebilligt werden. Genau das Gegenteil ist der Fall, und es kann nur lebhaft begrüßt werden, daß die maßgebenden Stellen mit den fantastischen Ideen jener utopistischen Geldverbesserer, die mit einer Aenderung des Geldsystems alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen lösen zu können glauben, nichts, aber auch gar nichts zu tun haben wollen. Die Verwirklichung solcher Ideen würde zwangsläufig zu einer sinnlosen Kapitalverschwendung und aller Voraussicht nach zu einer schweren Inflation führen. Zu solchen Experimenten, wie sie insbesondere von Silvio Gesell, von dem in der offiziellen Mitteilung die Rede ist, für notwendig gehalten werden, ist die gegenwärtige Zeit am denkbar ungeeignetsten. Kommt es doch gegenwärtig in erster Linie darauf an, jede Unsicherheit und Unruhe von der deutschen Währung fernzuhalten und im übrigen die währungspolitischen Absichten der Reichsbank, die vollkommen frei von Experimenten sind, nicht zu stören.

Eingreifen Amerikas gegen Machado?

Kriegszustand in Kuba.

Spanischer und britischer Protest.

W **Havanna**, 10. August.

Präsident Machado hat über die ganze Insel Kuba den Belagerungszustand verhängt. Die Verordnung besagt, daß niemand sich nach 18 Uhr auf den Straßen von Havanna zeigen darf. Ferner heißt es in der Verordnung, der Kriegszustand sei verhängt worden, weil der Generalstreik den Feinden der Ruhe und Ordnung eine Gelegenheit gegeben habe, revolutionäre Zustände im Lande zu schaffen.

In Havanna ist die Lage noch immer beunruhigend. Polizeikraftwagen durchfuhren die Straßen und belegten alle Läden, die geschlossen waren, mit Maschinengewehrfeuer, ohne sich darum zu kümmern, daß viele dieser Läden sich im Besitz von Ausländern befinden. Da die Bäcker streikten, waren die ärmeren Schichten der Bevölkerung fast 48 Stunden ohne Brot. Man fürchtet, daß es wegen Mangels an Nahrungsmitteln zu Plünderungen kommen wird. Staatssekretär Ferrara gab bekannt, daß Präsident Machado noch von der Volkspartei und den Liberalen unterstützt werde.

Der spanische Botschafter und der britische Gesandte in Havanna haben beim Präsidenten Machado gegen die ihren Staatsangehörigen zuteil gewordene Behandlung und gegen den ausländischem Eigentum bei den Unruhen zugefügten Schaden Einspruch eingelegt. Der britische Einspruch bezog sich besonders auf britisches Eigentum im Innern von Kuba, während der spanische Gesandte die Tötung von drei Spaniern und die Verhaftung von 60 Spaniern zur Sprache gebracht hat. Diese Verhaftungen sollen erfolgt sein, weil sich die Spanier geweigert hätten, ihre Läden zu öffnen.

★

Roosevelt fordert Einstellung des Kampfes.

W **Hydepark** (Newyork), 10. August.

Präsident Roosevelt hat gestern abend dem kubanischen Botschafter gegenüber eine Erklärung abgegeben, in der er zur Einstellung des politischen Kampfes auf Kuba im Interesse der wirtschaftlichen Wohlfahrt aufforderte. Die Erklärung Roosevelts wird in nichtamtlichen Kreisen dahin ausgelegt, daß Präsident Machado abdanken müsse, wenn er nicht ohne Gewaltanwendung regieren könne. Es gilt als ausgemacht, daß Präsident Roosevelt an sofortige Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung denkt, doch deutet noch nichts darauf hin, daß er dabei ein bewaffnetes Eingreifen im Auge hätte.

Den Einspruch des spanischen Gesandten in Havanna wegen der Erschießung spanischer Staatsbürger durch kubanische Polizei sieht man hier als einen Vorwurf gegenüber den Vereinigten Staaten an, da die Vereinigten Staaten für den Schutz von Leben und Eigentum von Ausländern auf Kuba zum Teil verantwortlich sind. Laut dem sogenannten Pratt-Amendement von 1901 seien die Vereinigten Staaten berechtigt und auch verpflichtet, „militärisch einzugreifen, um die Unabhängigkeit der Republik Kuba sicherzustellen und für eine Regierung zu sorgen, die imstande ist, Leben, Eigentum und persönliche Freiheit und die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen Kubas zu gewährleisten".

Gruppe Nordwest für Arbeitsstreckung.

WTB **Düsseldorf**, 10. August.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat in seiner jüngsten Sitzung einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: Im Kampfe um die Verminderung der Arbeitslosigkeit müssen alle Möglichkeiten zur Einstellung neuer Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Die Verteilung der Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern durch Arbeitsstreckung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein erfolgversprechender Weg. Wir empfehlen daher unseren Mitgliedsfirmen dringend, dafür Sorge zu tragen, daß die durchschnittliche Arbeitszeit an den sechs Wochentagen 40 Stunden für Arbeiter und Angestellte nicht wesentlich übersteigt, soweit nicht wichtige betriebliche oder wirtschaftliche Gründe entgegenstehen.

Die Fortführung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit.

TU **Berlin**, 10. August.

Von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung wird berichtet:

Ueber den gegenwärtigen Stand der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die weiter zu ergreifenden Maßnahmen fand am vergangenen Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Reichsanstalt eine Besprechung statt, an der unter Beteiligung der zuständigen Reichsministerien sämtliche Präsidenten der Landesarbeitsämter teilnahmen. Die Besprechung ergab ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Lage des deutschen Arbeitsmarktes in allen Reichsteilen und den zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken entsprechend der Verschiedenheit der Wirtschaftsstruktur ergriffenen mannigfaltigen Maßnahmen. Die Reichsanstalt zielt hierbei weniger dahin, für den Sommer einzelne Teilbezirke frei von Arbeitslosen zu stellen, vielmehr wird eine organische Entwicklung angestrebt, die auf längere Sicht arbeitet und insbesondere auch Rückschläge im Winter vermeiden will. So kam allgemein zum Ausdruck, daß alle diese Bemühungen von einer weit größeren Wirksamkeit als früher sind, weil seit dem Bestehen der neuen Regierung ein Anwachsen des allgemeinen Vertrauens festzustellen ist, und darüber hinaus sich in weiten Kreisen der Bevölkerung ein begeisterungsvoller Opferwille zeigt. Angesichts dieser von der Regierung gesetzten Kräfte sprach der Präsident der Reichsanstalt die Erwartung aus, daß die Zahl der statistisch

erfaßten Arbeitslosen, die im Februar mehr als 6 Millionen betrug, Ende September die 4-Millionengrenze erreichen wird. Die Anstrengungen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter müßten jedoch ganz besonders darauf gerichtet sein, diese Zahl auch im Winter nicht wesentlich anwachsen zu lassen. Notwendig ist zur Erreichung dieses Zieles u. a. ein Einwirken auf die von der Saison beeinflußten Wirtschaftsbetriebe, vor allen Dingen ein Appell an die Landwirtschaft, im Interesse der Gesamtheit in diesem Winter möglichst viele ihrer Arbeitskräfte einschließlich der Landhelfer weiter zu beschäftigen. Das Durchhalten dieser Arbeiter in den Wintermonaten ist die beste Winterhilfe der Landwirtschaft. Im Baugewerbe muß dahin gestrebt werden, die winterliche Arbeitsruhe auf die Zeit des strengen Frostes zu beschränken und durch geeignete Sondermaßnahmen die Fortführung der Arbeiten auch in den Wintermonaten sicherzustellen.

Staatsratseröffnung in der Aula der Berliner Universität.

WTB Berlin, 10. August.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Die feierliche Eröffnung des Preußischen Staatsrates, für die ein genauer Termin noch nicht bestimmt ist, wird voraussichtlich im Aulagebäude der Berliner Universität am Kaiser Franz-Joseph-Platz stattfinden. Von der ursprünglichen Absicht, den Weißen Saal im Königlichen Schloß für den Staatsakt zu wählen, ist abgesehen worden.

Die Arierbestimmungen für die Beamten.

Richtlinien zum Reichsbeamtengesetz.

w Berlin, 10. August.

Das Reichsgesetzblatt vom 9. 8. veröffentlicht Richtlinien zu § 1a Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. Juni 1933. Danach gilt als nichtarisch, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil nichtarisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil der jüdischen Religion angehört hat. Als Abstammung im Sinne des Gesetzes gilt auch die außereheliche Abstammung.

Wer als Reichsbeamter berufen werden soll, hat nachzuweisen, daß er und sein Ehegatte arischer Abstammung sind. Jeder Reichsbeamter, der eine Ehe eingehen will, hat nachzuweisen, daß die Person, mit der er die Ehe eingehen will, arischer Abstammung ist. Der Nachweis ist durch Vorlegung von Urkunden (Geburtsurkunde, Heiratsurkunde der Eltern) zu erbringen. Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so ist ein Gutachten des beim Reichsminister des Innern bestellten Sachverständigen für Rasseforschung einzuholen.

Die Richtlinien gelten entsprechend für das Beamtenrecht der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes.

Neuregelung der hohen Reichsbahngehälter.

w Berlin, 10. August.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft trat heute zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Im Vordergrund der Beratung standen Personalfragen und der Ausbau des von der Reichsbahn zu errichtenden Unternehmens Reichsautobahnen.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich mit der zukünftigen Personalpolitik, insbesondere mit der Behandlung der nichtarischen und der politisch unzuverlässigen Beamten. In der Frage der Gehälter der leitenden Beamten wurde in Anpassung an die Besoldungssätze der Reichsbesoldungsordnung eine Neuregelung vorgesehen, die auch als Maßstab dienen soll für die Leiter der Nebenbetriebe und Tochtergesellschaften der Reichsbahn. Auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen soll die Hauptverwaltung in eine Ueberprüfung der bestehenden Verhältnisse im Geiste der neuen Zeit eintreten, sobald die Grundgedanken der neuen Sozialordnung im Reich feststehen.

Reichsbahnoberrat Gollwitzer wurde mit der kommissarischen Leitung der Reichsbahndirektion Nürnberg betraut. Der Verwaltungsrat genehmigte folgende Ernennungen zu Reichsbahndirektionspräsidenten zum 1. September 1933: für Frankfurt-Main: Reichsbahndirektor Dr. Steuernagel, für Köln: Reichsbahnoberrat Dr. Remy, für Ludwigshafen: Reichsbahndirektor Angerer, für Mainz: Direktor bei der Reichsbahn Dr. Goudefroy.

Der Verwaltungsrat gab seine Zustimmung zu dem Entwurf für die Satzungen des Unternehmens „Reichsautobahnen".

Zur Belebung des Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs gab der Verwaltungsrat der Hauptverwaltung die Ermächtigung zur Einführung eines Kurzstreckentarifes und zur Beseitigung von Härten in der tarifarischen Behandlung einzelner Vorortszonen.

Ausscheiden Silverbergs aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn.

CNB Berlin, 10. Aug. Wie wir hören, hat Dr. Silverberg sein Mandat als Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft niedergelegt.

Wiedergewährung von Kinderbeihilfen nach dem Werkhalbjahr.

¶ Berlin, 10. August.

Seit Oktober 1932 werden Kinderbeihilfen für Pflegekinder und Enkel nicht mehr gewährt, sobald die Kinder am Werkhalbjahr teilnehmen. Zur Vermeidung von Härten hat jedoch, wie das VDZ-Büro meldet, der preußische Finanzminister jetzt angeordnet, daß nach Beendigung des Werkhalbjahres die Kinderbeihilfe wieder bewilligt werden kann, wenn die unterbrochene Berufsausbildung wieder aufgenommen oder eine neue Berufsausbildung begonnen wird und wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Kinderbeihilfe erfüllt sind. Dasselbe gilt auch für die Kinderzulage. Diese Vergünstigung wird aber nur gewährt, wenn die Berufsausbildung wegen des Werkhalbjahres unterbrochen wurde. Ist sie aus anderen Gründen vorübergehend aufgegeben worden, so wird die Beihilfe auch bei späterer Wiederaufnahme der Berufsausbildung nicht wieder gewährt.

Keine „jagdliche Neuordnung".

◇ Berlin, 10. August.

In einer österreichischen Jagdzeitung und in einer Reihe von deutschen Provinzialzeitungen ist ein Aufsatz erschienen, der sich mit der „jagdlichen Neuordnung" bezw. einem neuen deutschen Jagdgesetz befaßt. Dieser Aufsatz ist geeignet, Unruhe in landwirtschaftliche und forstliche Kreise zu tragen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst feststellt, ist an zuständiger Stelle von einer derartigen oder ähnlichen „jagdlichen Neuordnung" nichts bekannt.

Ein Reichsfischtag?

Pommern geht voran.

w Stettin, 10. August.

Im Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit hat Pommern sich den zweiten Platz gesichert. Zunächst hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Lande begonnen, und es ist gelungen, neun Landeskreise einschließlich ihrer Städte völlig freizumachen. Die nächste Aufgabe wird es sein, auch die größeren Städte der anderen Kreise auszukämmen. Gleichzeitig steht für morgen eine neue Aufgabe bevor. Gauleiter Staatsrat Karpenstein hat die Durchführung eines pommerschen Fischtages angeordnet. Am Freitag wird in ganz Pommern in allen Haushalten, Hotels und Restaurants, SA-Küchen, Arbeitsdienstlagern und Volksküchen nur Fisch gegessen. Der Fischtag soll dazu dienen, der notleidenden pommerschen See- und Binnenfischerei den fehlenden Absatz zu sichern und diese bisher vernachlässigte Nährquelle für die Bevölkerung zu erschließen. Die Not der Fischer ist außerordentlich groß. Für ihren durchschnittlichen Stundenverdienst von 5—20 Pfennigen, müssen sie oft bei 12—20stündiger Arbeit ihr Leben einsetzen, um mit ihren Familien ihr kärgliches Dasein fristen zu können. Wochenverdienste von 5—6 Mark sind keine Seltenheit und müssen 5—8köpfige Familien davon leben. Gerade in diesen Tagen trifft man in den Fischerdörfern des Haff Fischer, die in den letzten 14 Tagen nicht mehr als 40 Pfennig eingenommen haben. Man wird es nicht glauben, aber es ist wahr. Diese 40 Pfennig muß der Fischer noch mit seinem Kollegen teilen, der ihm beim Fang hilft.

Der erste pommersche Fischtag am 11. August ist die Generalprobe für weitere Fischtage, die in regelmäßigen Abständen folgen sollen. Es wird erwogen, einen Reichsfischtag durchzuführen, wenn es sich als zweckmäßig erweist, eine Hilfe für die gesamte Fischerei auf diese Weise durchzuführen. Die Organisationen der Fischer und des Fischhandels, die NS-Frauenschaften und der gesamte Apparat der Partei arbeiten in Pommern zusammen, um das Gelingen des Fischtages zu sichern. Heute werden die Kinder in allen pommerschen Schulen auf die Vorzüge der Fischnahrung und die Bedeutung des Fischtages hingewiesen, auch der Rundfunk hilft mit. Der Deutschlandsender wird am Freitag über den Verlauf des Fischtages berichten.

Weitere Verhandlungen in Paris über die österreichische Frage.

Unterredung Daladiers mit dem englischen Botschafter.

:: Paris, 10. August.

Ministerpräsident Daladier empfing heute den englischen Botschafter Lord Tyrrell. Ueber den Gegenstand der Unterredung wird den diplomatischen Gepflogenheiten gemäß nichts mitgeteilt. Die Zusammenkunft dauerte etwas mehr als eine Stunde. Die „Liberte" behauptet, daß die Unterredung der österreichischen Frage gegolten habe.

Die Darstellung der Agenzia Stefani zur Haltung Italiens in der Angelegenheit des englischen und französischen Schrittes bei Deutschland wird nur von wenigen Blättern besprochen. „Ere Nouvelle" bezeichnet die Angelegenheit nunmehr als abgeschlossen, meint aber, das Viermächte-Abkommen sei einer zu starken Belastungsprobe ausgesetzt worden. Eine Bestätigung der Niederlage, die sich die englische und vor allem die französische Regierung in dieser ganzen Angelegenheit geholt hätten, erblicken u. a. „Figaro" und „Echo de Paris" in dem italienischen Kommentar. In diesem Zusammenhang richten diese Blätter scharfe Angriffe gegen das Viermächte-Abkommen. „Figaro" schreibt, die englische Regierung versuche, sich mit heiler Haut aus dem Abenteuer zu ziehen, indem sie von den beruhigenden Versicherungen Kenntnis nehme, die die Reichsregierung der italienischen Regierung gegeben habe. Nur die französische Diplomatie habe sich eine jämmerliche Niederlage zugezogen und weise jetzt ihre Presse an, die Sache so darzustellen, als habe Berlin nach reiflicher Ueberlegung die Forderung Frankreichs nicht mit einer wirklichen Ablehnung beantwortet und als werde sich letzten Endes alles regeln. „Quotidien" kommt zu der Schlußfolgerung, daß Frankreich sich in Rom durch die Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens auf eine Galeere begeben habe, die man besser sofort versenken würde.

★

Neue österreichische Truppen zur Verwendung im Lande.

:: London, 10. August.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" will wissen, daß die österreichische Regierung kürzlich an die italienische, französische und britische Regierung herangetreten sei mit dem Ersuchen, eine besondere Truppe von 8000 Mann zur Bekämpfung der gegenwärtigen terroristischen Ausschreitungen in Oesterreich aufstellen zu dürfen. Es verlautet, daß die drei Regierungen bereit seien, unter gewissen Bedingungen ihre Zustimmung zu geben. Diese Bedingungen besagen: Die Streitmacht soll nur für eine begrenzte Frist aufgestellt werden und trotz ihres Polizeicharakters dem Kriegsminister unterstehen und somit militärischer Disziplin unterworfen sein. Ferner darf ihre Stärke zusammen mit der regulären Armee, die im Friedensvertrag von St. Germain für die österreichischen Streitkräfte festgesetzte Höchstgrenze von 30000 Mann nicht überschreiten. Da die österreichische Armee gegenwärtig ungefähr nur 22 000 Mann zählt, würde diese Bedingung eingehalten sein. Polen und die Kleine Entente würden in ihrer Eigenschaft als Mitunterzeichner des Friedensvertrages um ihre Ansicht befragt. Die bisher eingegangenen Antworten seien günstig.

Gegen die Knebelung der deutschen Presse im Saargebiet.

CNB Berlin, 10. August.

Der Verein der Saarländischen Presse hat an den Völkerbundsrat ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Unterdrückung der deutschen Presse im Saargebiet energisch protestiert wird. Die Regierungskommission des Saargebietes hat in den letzten Monaten die saarländische Presse mit Verboten geradezu überschüttet. Bei ihrem stets gegen die nationale Presse gerichteten Vorgehen stützt sich die Regierungskommission auf ein am 22. März d. Js. erlassenes Dekret, das „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und öffentlichen Sicherheit im Saargebiet" dienen soll. Die Bestimmungen dieses Erlasses sind wie in dem Schreiben an den Völkerbundsrat hervorgehoben wird, von einer bedrohlichen Ungenauigkeit. Sie lassen damit alle Möglichkeiten einer Interpretation offen, die — wie ja auch nicht anders zu erwarten stand — in der bisherigen Praxis sich stets gegen die Interessen des deutschen Saarlandes richteten. Die Regierungskommission, die es nicht für angebracht hielt, wenn in den letzten Monaten im Saargebiet erscheinende Zeitungen Mitglieder der Reichsregierung beschimpften, dagegen einzuschreiten, wie es schon die korrekte Einstellung einem Mitglied des Völkerbundsrates gegenüber geboten hätte — diese gleiche Regierungskommission glaubte bei jeder Gelegenheit, den Schutz derjenigen Kreise übernehmen zu müssen, die offen oder versteckt, separatistische Propaganda betreiben. Eine Ueberprüfung der Verbotsanläße in den letzten Monaten zeigt, daß regelmäßig dann von der Regierungskommission vorgegangen wurde, wenn eine deutsch gesinnte Zeitung gegen die unheilvolle Tätigkeit dieser separatistischen Wühler Verwahrung einlegte. Die Erregung, die sich nicht nur der unmittelbar betroffenen journalistischen Kreise, sondern der gesamten saarländischen Bevölkerung angesichts dieser Tatsachen bemächtigt hat, ist nur allzu verständlich. Es dient nicht der Aufrechterhaltung und Förderung der notwendigen saarländischen Freiheit, wenn der überwältigende Teil der Bevölkerung der Organe seiner öffentlichen Willens- und Meinungsbildung systematisch beraubt wird. Die Regierungskommission hat zu wiederholten Malen, so durch ihre am 19. Juli veröffentlichte Erklärung zur kommenden Abstimmung, die zutreffend als ein „Schutz für Verräter" bezeichnet wurde, bewiesen, daß sie eine nicht mit ihrer Stellung vereinbare einzigartig unloyale Haltung einnimmt. Man darf erwarten, daß sich der Völkerbundsrat der hohen Verantwortung bewußt ist, die ihm für seine, durch den Protest der saardeutschen Presse veranlaßte Entscheidung auferlegt wird. Die notwendige Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der saardeutschen Presse ist nicht nur eine Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung im Saargebiet, sondern eine Vorbedingung für die im Interesse des Friedens zu fordernde internationale Zusammenarbeit, die durch das Vorgehen der Regierungskommission ernsthaft gefährdet wird.

Große Aktion gegen die KPD in München.

w München, 10. August.

Bei über 100 neuerdings als kommunistische Funktionäre bekannten Personen wurden heute früh Haussuchungen vorgenommen. Insgesamt wurden 68 Personen festgenommen. Die Polizei hob weiter eine Druckerei aus, in der kommunistische Hetzschriften hergestellt worden waren. Beschlagnahmt wurden bereits fertiggestellte neue Hetzschriften mit dem Titel „Der Pionier", „Die RGO", „Die Neue Zeitung". Außerdem wurden neu hergestellte Rundschreiben vorgefunden, die interessante Einblicke in das illegale Treiben der KPD. gewähren.

In Nürnberg entdeckte man bei der Braut des in Dachau internierten ehemals führenden Kommunisten Hans Preßl eine kommunistische Funktionärsitzung. Drei Funktionäre wurden in Schutzhaft genommen. Einer von ihnen ist Geheimkurier der KPD., der die Verbindung zwischen der KPD.-Nordbayern und der kommunistischen Literaturzentrale in der Tschechoslowakei herstellte. Inzwischen sind einige weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

Deutsche Namen für 61 oberschlesische Dörfer.

((Gleiwitz, 10. August.

Im oberschlesischen Landkreis Tost-Gleiwitz sollen zahlreiche Dörfer neue Namen erhalten. Der Kreistag hat auf Antrag der Nationalsozialisten beschlossen, daß alle Ortschaften mit polnisch klingenden Namen deutsche Bezeichnungen bekommen. Von den 90 Dörfern des Kreises kommen 61 dafür in Frage. Man will nach Möglichkeit die alten Namen in deutsche übersetzen.

Neuer Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin.

◆ Schwerin (Mecklenburg), 10. August.

Der Reichsstatthalter Hildebrand hat am Mittwoch den bisherigen Staatsrat Engell zum Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin für den nach Berlin in das Ernährungsministerium berufenen Ministerpräsidenten Granzow ernannt.

Ausweisung der jüdischen Kurgäste von Juist.

× Berlin, 10. August.

Wie das VDZ-Büro mitteilt, hat sich im Nordseebad Juist eine Münchener Schwester eine Sandburg und ein aus Sand geformtes Hoheitszeichen anbringen lassen. Von unbekannten Tätern sei dieses Hoheitszeichen nachts zerkratzt worden. Unter der Bevölkerung sei darüber eine ungeheure Empörung entstanden. Auch die Kurgäste hätten die Entfernung der jüdischen Kurgäste von der Insel gefordert. Da die Täter nur in jüdischen Kreisen zu suchen seien, habe der Bürgermeister angeordnet, daß sämtliche der jüdischen Rasse angehörenden Kurgäste die Insel sofort zu verlassen hätten. Daraufhin hätten sieben Juden und Jüdinnen bzw. mit Juden Verheiratete Juist verlassen müssen. Auf die Ergreifung der Täter sei eine Belohnung ausgesetzt worden. Auch die Kurgäste wollten eine Geldsammlung für den Ermittler des Täters einleiten.

Vor einem faschistischen Staatsstreich in Irland?

TU Dublin, 10. August.

Am Donnerstag waren in Dublin die wildesten Gerüchte von einem bevorstehenden faschistischen Staatsstreich und von unvermeidlichen Zusammenstößen zwischen den Faschisten und der irischen republikanischen Armee im Umlauf. Tatsächlich ist die Lage gespannter als je, umsomehr als de Valera in der Landtagssitzung am Donnerstag morgen von der Opposition vollkommen niedergeschrien worden war. Erstaunlicherweise hat de Valera bisher noch kein endgültiges Verbot gegen die auf den Sonntag angesetzte Parade der 30000 Blauhemden vor dem Kriegerdenkmal in Dublin zur Erinnerung an die Schöpfer des irischen Freistaates: Griffins, Collins und O'Higgins erlassen. Bereits am Donnerstag strömten Hunderte von Blauhemden aus verschiedenen Teilen Irlands nach Dublin, die an dem Aufmarsch am Sonntag teilnehmen wollen. Nur wenige Faschisten trugen ihre Uniformen. Sie wollen sie jedoch am Sonntag anlegen. Für das Wochenende sind viele Sonderzüge zur Beförderung der Faschisten nach Dublin angesetzt worden. Möglicherweise wird die Regierung anordnen, daß diese Sonderzüge nicht fahren dürfen. Andernfalls ist anzunehmen, daß die Blauhemden in allen Teilen Irlands von den Mitgliedern der irischen republikanischen Armee angegriffen werden. Die gegenwärtige Stärke der Blauhemden ist vorläufig noch ein Geheimnis. Ihr Führer, General O'Duffy, hat erklärt, daß 30 000 Mitglieder an dem Aufmarsch teilnehmen würden. In Regierungskreisen wird diese Zahl jedoch für eine Uebertreibung gehalten. Die Stärke der republikanischen Armee wird auf rund 150 000 Mann geschätzt.

Balbo vor der letzten Etappe.

TU Lissabon, 10. August.

General Balbo hat am Donnerstag sämtlichen Fliegern seines Ozeangeschwaders nach der glücklichen zweimaligen Ueberquerung des Atlantiks die Medaille des „Transozeanfluges" verliehen.

Am Donnerstag nachmittag wurde General Balbo vom portugiesischen Staatspräsidenten Carmona empfangen. Am Donnerstag abend fand ein Stierkampf zu Ehren der italienischen Ozeanflieger statt. General Balbo hat seine Absicht, erst am Samstag von Lissabon nach Italien zu starten, damit begründet, daß er Lissabon nicht eher verlassen wolle, bis die Leiche des beim Start auf den Azoren verunglückten Leutnants Suaglia, die auf einem italienischen Schiff nach Rom gebracht wird, in Lissabon eingetroffen ist. General Balbo erklärte ferner, er sei über seinen Erfolg erfreut, aber es gebe keine Entschuldigung dafür, daß er Amsterdam mit 24 Flugzeugen verlassen habe und nur mit 23 Flugzeugen nach Ostia zurückkehre.

Die letzte Strecke des Fluges am Samstag wird von Lissabon über Kap St. Vincenz südlich der Balearischen Inseln durch die Meerenge von Bonifatio nach Ostia führen.

Meldungen aus Marseille deuten an, daß der Entschluß Balbos, direkt von Lissabon nach Italien zu fliegen, anstatt die Route über Marseille zu wählen, große Enttäuschung hervorgerufen hat. Die Stadt Marseille wollte den Italienern ein großes Willkommen bereiten, u. a. war die Verleihung einer Medaille an General Balbo vorgesehen, und 100 französische Flugzeuge sollten den Italienern das Geleit geben.

Stratosphärenflug erst im Frühjahr 1934.

✓ Brüssel, 10. August.

Cosyns hat den dritten Aufstieg des Ballons Piccards in die Stratosphäre auf nächstes Frühjahr verschieben müssen, da die Arbeitskabine in der Gondel infolge einer starken Verwerfung der Türöffnung einer gründlichen Ueberholung bedarf, die mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird.

Codos und Rossi nach Frankreich gestartet.

((Paris, 10. August.

Die französischen Rekordflieger Codos und Rossi sind an Bord ihres Flugzeuges heute morgen um 3 Uhr in Rayak mit dem Ziel Marseille gestartet. Sie wollen Freitag in Paris eintreffen.

Lindbergh tödlich verunglückt?

((London, 10. August.

Nach einer noch unbestätigten Meldung aus Grönland soll Lindbergh tödlich abgestürzt sein. Die Funkstation in Grönland, die bis 23 Uhr nachts gearbeitet hat, hat bis dahin weder von einem Start Lindberghs noch von einem Unglücksfall des amerikanischen Fliegers irgendetwas berichtet. Es verlautete, daß Lindbergh wegen der Wetterlage überhaupt nicht aufsteigen wollte. Zwei Stunden vorher war in London bekannt geworden, daß Lindbergh infolge der schlechten Wetterlage die Absicht zum Start verschoben hatte.

Brennender französischer Dampfer im Arabischen Meer.

)(Paris, 10. August.

An Bord des französischen 7000 Tonnen-Dampfers „Forbin", der sich auf der Fahrt nach Indochina befindet, ist Feuer ausgebrochen, das sich auf das ganze Schiff ausgedehnt hat. Der Brand entstand am Mittwoch im Arabischen Meer unweit von der Stelle, wo die „George Philippar" in Flammen aufgegangen war. Einem Telegramm aus Italienisch-Somali-Land zufolge geriet die „Forbin" etwa 600 Meilen von Cap Guardafui entfernt in Brand. Der holländische Dampfer „Sembilan" und das französische Motorschiff „Felix Russell" eilen dem Dampfer zu Hilfe. Die „Forbin" ist 1923 gebaut und hat eine Besatzung von 58 Mann.

Neues in Kürze.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt wird am Sonntag im Rahmen einer Veranstaltung „Deutsche Arbeit am Rhein" in Köln eine große Rede halten.

Am 30. Juni d. J. waren, wie das VDZ-Büro meldet, insgesamt 252 357 Arbeitsdienstwillige im Deutschen Reich an 4717 Maßnahmen beschäftigt. Auf je 100 Arbeitslose kamen Ende Juni 5,2 Arbeitsdienstwillige gegen nur 4,4 Ende April.

Unmittelbar nach Abschluß der Führerbesprechungen in Berchtesgaden hat sich der bayerische Kultusminister Schemm auf die Reise nach Santander (Spanien) begeben, wo zurzeit die alljährliche Weltlehrertagung stattfindet.

Die Kameradschaftliche Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens E. V. hat in einer Sondersitzung am 8. August ihre Auflösung zum 31. August 1933 einstimmig beschlossen, da sie ihre Aufgabe als erfüllt ansieht.

Die neue Generalsynode, die oberste Vertretung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union, wird am Montag, dem 4. September, zu ihrer ersten Tagung in Berlin zusammentreten.

Im Juli vorigen Jahres sind 98 000 Deutsche nach Oesterreich gereist. In diesem Juli ist die Tausend-Mark-Gebühr nur achtmal gezahlt worden.

Durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der studentischen Verbände Schwarzburgbund, Verband deutscher Burschen und Wingolfbund sind 84 Verbindungen mit 15 000 Jung- und Altakademikern an deutschen und außerdeutschen Hochschulen zusammengeschlossen worden.

Bei den Hawai-Inseln haben am Mittwoch fünf amerikanische Marineflieger bei einem Flugzeugunglück den Tod gefunden.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, sind in Brasilien bis zum 31. Juli 19 688 000 Sack Kaffee vernichtet worden.